



RSB Rhein-Neckar

# BR-Mobbing bei der Volksbank Kraichgau: Erneute Solidaritätsaktion mit Torsten Wacker

C.B.

Die Volksbank Kraichgau Sinsheim-Wiesloch führt seit Februar des letzten Jahres einen Angriff auf den Betriebsratsvorsitzenden Torsten Wacker und das gesamte Gremium. Hintergrund ist ein Konflikt um einen Tarifvertrag mit der zuständigen Gewerkschaft ver.di.

Die Volksbank schließt aber lieber Tarife mit gelben Gewerkschaften, um geringere Entlohnung und andere Schlechterstellungen zu regeln. In den letzten Ausgaben von Avanti<sup>2</sup> wurde darüber schon ausführlich berichtet. Das Solidaritätskomitee gegen BR-Mobbing unterstützt auch Torsten Wacker und seine BR-KollegInnen, denn nur durch breite Solidarität können sie weiter durchhalten und Lohndumping-Tarife verhindern.

Da die Volksbank immer noch nicht zu Gesprächen bereit ist, und der Geschäftsführer Böhler den Konflikt noch befeuert durch unsachliche Aktionen im Betrieb, hatte ver.di Rhein-Neckar am 19. Dezember 2014 zum „Wegleuchten für Torsten Wacker“ eingeladen, um dem Betriebsrat den Rücken zu stärken. Mit Rufen wie „Hopp, hopp, hopp - Mobbing stopp!“ und „Torsten bleib Wacker!“ und mit leuchtenden Kerzen machten etwa 20 KollegInnen auf den Konflikt vor der Volksbank-Filiale in Wiesloch aufmerksam. Passantinnen spendeten dieser Aktion Beifall.

Der Aktion und den Sprechchören folgte unter anderem ein öffentlicher Appell einer Vertreterin der AfA Rhein-Neckar und Aktivistin der Solidaritätskomitees gegen BR-Mobbing an die Bank:

„Lieber Herr Böhler, liebe Volksbank Kraichgau Sinsheim-Wiesloch, gemeinsam mit ver.di Rhein-Neckar haben wir Ihnen mit dem ‚Wegleuchten‘, am 19.12.2014 eine Tür aufgemacht. Nun wäre es toll, wenn Sie gemäß Ihrem Slogan ‚den Weg frei machen‘, - zu Gesprächen und der Beendigung des Kon-

flikts mit Torsten Wacker und dem Betriebsrat bereit wären.

Haben Sie ein Herz für die Belange Ihrer MitarbeiterInnen und akzeptieren Sie endlich, dass für eine erfolgreiche Bank mit dem genossenschaftlichen Gedanken, ordentliche Tarifverträge selbstverständlich sein sollten. Dies würden ihre Kunden sicher begrüßen, denn wir hatten an diesem Abend Gespräche mit vorbei kommenden BürgerInnen, die meinten: ‚Warum hat die Volksbank so einen kriegerischen Umgang nötig‘, oder ‚Gerade von meiner Volksbank hätte ich so was nie gedacht‘ oder ‚Wann hören Sie endlich auf Betriebsräte zu bedrohen?‘ und vieles mehr...

Frohe Weihnachten und gute Gespräche im neuen Jahr. Denn es ist nicht schlimm, einen Fehler zu machen, es ist nur schlimm ihn nicht einzusehen und neu zu beginnen.“

Wirst Du als Betriebsrat gemobbt, dann bist Du kein Einzelfall. Dann erlebst Du, dass bei Euch Arbeitgeberstrategien á la „Naujoks und Co.“ eingesetzt werden. Du solltest diese Situation nicht mit Dir alleine ausmachen und auf jeden Fall ein „Mobbingtagebuch“ führen.

Torsten Wacker ist nicht alleine, und wir werden diesen Fall weiter positiv begleiten. Wir werden beobachten, wie sich die Genossenschaftsbank weiter verhält. Es werde Licht bei der Volksbank, kann mensch da nur wünschen!

Mehr Infos findest Du unter:

[www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

oder schreibe an

[solidaritaet@gegen-br-mobbing.de](mailto:solidaritaet@gegen-br-mobbing.de)

Solidaritätsaktion mit Thorsten Wacker am 19.12.2014 vor der Filiale der Volksbank Kraichgau Sinsheim-Wiesloch in Wiesloch.



Foto: [helmut-roos@web.de](mailto:helmut-roos@web.de)

Liebe Leserinnen und Leser,

in der fünften Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur Avanti findet Ihr neben betrieblichen Themen Berichte über unsere Tagung „Unsere Gesundheit ist mehr wert als ihre Profite!“ Ende letzten Jahres und die drohende Schließung des Gewerkschaftsbüros in Weinheim. Wir wünschen Euch einen guten Start ins neue Jahr!

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	GESUNDHEIT
01 BR-Mobbing: Solidarität mit Torsten Wacker!	03 Mannheim: Erfolgreiche Tagung
BETRIEB	GEWERKSCHAFT
02 Klinikum: Interview mit einem Betriebsrat (Teil II)	04 Weinheim: Gewerkschaftsbüro unerwünscht
	04 Termine

# Zur Kommerzialisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen und den Auswirkungen auf die Patienten und Beschäftigten

## Teil II

In der Dezember Ausgabe der *Avanti*<sup>2</sup> haben wir den ersten Teil des Interviews mit dem Betriebsrat in der städtischen Uniklinik in Mannheim, Uwe Kupferschläger veröffentlicht, zur Kommerzialisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen und den Auswirkungen auf die Patienten und Beschäftigten. In dieser Ausgabe folgt nun der zweite und letzte Teil des Interviews das Mitte November 2014 vom Lokalradio Bermudafunk geführt und gesendet wurde.

**R**adio Bermudafunk (BF): ...und dass die Lebenserwartung insgesamt von Leuten, die arm sind und auch noch von schwerer Arbeit belastet sind oder waren, kürzer ist. Dass also auch die Schwerarbeit von KrankenpflegerInnen zum Beispiel eher zur Verkürzung der Lebenserwartung beitragen kann als eine Arbeit weitgehend ohne Stress.

Uwe Kupferschläger (UK): Die Lebenserwartung? Da kenne ich jetzt keine Daten. Die Lebensqualität verschlechtert sich auf jeden Fall, wenn man dauerhaft in Arbeitssituationen unter Stress arbeiten muss, so wie es in der Pflege der Fall ist. Wenn das der Alltag ist, wird dieser nicht als besonders erfreulich erlebt.

**BF: Ist der Krankenstand hier unerwartet hoch?**

UK: Höher ist er auf jeden Fall als zu den Zeiten, in denen wir noch genug Personal hatten. Aber diese Zeiten liegen schon so lange zurück, dass es schwierig ist, das mit Daten zu belegen. Der Krankenstand in der Pflege insgesamt ist im Bundesdurchschnitt jetzt gar nicht so hoch. Allerdings kann zum Beispiel ich an manchen Arbeitsstätten gar nicht mehr arbeiten.

**BF: Also wäre es realistisch zu sagen, es ist schon ein großer Fortschritt, den Personalabbau und zum Beispiel auch das Outsourcing zu stoppen, bevor man durch Arbeitszeitverkürzung oder was auch immer wieder an Personalaufbau denken kann.**

UK: Wir haben leider im Moment das Problem, dass die Berufe der Gesundheitsversorgung - das gilt jetzt nicht nur für die Pflege, sondern auch für andere Berufe - durch die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern so unattraktiv werden und teilweise auch bereits geworden sind. Als Resultat gibt es weniger BewerberInnen, die diese Arbeiten machen wollen. Das gilt selbst für den Reinigungsdienst. ReinerInnen würden eher in anderen Bereichen arbeiten, weil der Arbeitsalltag in Krankenhäusern viel zu stressig ist.

**BF: Das geht ja praktisch wie im Minutentakt, aber nicht nur bei den Reinigungskräften, sondern auch bei den Pflegekräften, die sich zum Glück dem mehr oder weniger widersetzen. Bei der Aufnahme und auch bei den OP's habe ich selber die Erfahrung gemacht, dass man dauernd das Gefühl hat, im Akkord arbeiten zu müssen.**

UK: Das ist genau das, was die Leute im Alltag erleben, Akkordarbeit bei der Versorgung von Menschen.

**BF: Jetzt zum Schluss noch zwei Fragen zum Problem der so genannten Tarifeinheit und auch noch zu ähnlichen Zuständen, die ja nicht nur in Deutschland bestehen. Ver.di und jetzt auch die Standesorganisation Marburger Bund haben sich hauptsächlich im Zusammenhang mit dem GDL-Streik eindeutig gegen das „Tarifeinheitsgesetz“ ausgesprochen. Dazu gleich ein Verweis auf ein Interview mit Anton Kobel in der jungen Welt, der dieses geplante „Tarifeinheitsgesetz“ als Angriff auf das Streikrecht insgesamt bezeichnet hat. Wenn es nicht von allen Gewerkschaften abgelehrt wird, wird es sich nicht nur auf die kleinen Spartengewerkschaften, sondern auch auf alle anderen auswirken.**

UK: Da gibt es eigentlich gar keine andere Haltung für einen Gewerkschafter. Die Koalitionsfreiheit ist im Grundgesetz festgelegt, und sie ist auch nicht aufzuweichen. Da sollte die große Mehrheit im Bundestag überhaupt nicht diese Türen aufmachen und meinen, sie könnten jetzt am Streikrecht rütteln. Das ist verboten. Die sollen also die Finger weglassen. Das Streikrecht bleibt einfach unantastbar. Wir Gewerkschafter regeln unter uns, wer wo welche Sachen verhandeln darf, und das können die Gewerkschaften auch untereinander, da brauchen wir den Gesetzgeber gar nicht dafür.

**BF: Jetzt noch die Frage der internationalen Solidarität, weil ja mit dieser neoliberalen Politik die Kommerzialisierung, Privatisierung und der Raub des öffentlichen Eigen-**

**tums mit unvorstellbaren Bereicherungen nicht nur in Deutschland statt findet. Unter dem Diktat der Troika und der Bundesregierung in Berlin sind Zustände geschaffen worden, aufgrund derer z.B. in Griechenland Krankenhäuser geschlossen werden und die Beschäftigten in Selbstverwaltung ohne Bezahlung weiterarbeiten. In Portugal werden in der Zeit nach dem Faschismus erkämpfte Gesundheitszentren geschlossen und zehntausende Beschäftigte entlassen. In Spanien kam es schon öfters zu machtvollen Demonstrationen bis hin zum Generalstreik mit großer Beteiligung der Beschäftigten des Gesundheitswesens. Habt Ihr vom Betriebsrat direkte Kontakte, um auch von diesen Kämpfen lernen, und, wie es auf einer Betriebsversammlung schon vorgekommen ist, die Hetze gegen die KollegInnen in diesen Ländern strikt zurückzuweisen zu können?**

UK: Betriebsrätlich haben wir keine Kontakte ins Ausland, das ist im Moment auch schwierig. Wir sind in unserer Arbeit hier vor Ort doch zu arg befangen, um als Betriebsrat jetzt noch Kontakte ins Ausland zu pflegen. Gewerkschaftlich kriegt man da schon einiges mit, und gibt es auch tatsächlich Bündnisse, europa- und weltweit. Es gibt angefangen von ver.di zum Beispiel im Moment eine Kampagne für weltweit einzuführende Arbeitsstandards.

**BF: Oder auch „Equal Pay“ [gleicher Lohn für gleiche Arbeit, d. Red.] zum Beispiel?**

UK: „Equal Pay“, genau!

**BF: Wie erklärst Du Dir - als letzte Frage - dass eines der ärmsten Länder, das sozialistische Kuba, es schafft, sein Gesundheitswesen der Bevölkerung kostenlos anzubieten. Darüber hinaus tausende von ÄrztInnen - soviel ich weiß 5.000 an der Zahl - regelmäßig weltweit zu Einsätzen zu senden, wie etwa jetzt bei der Bekämpfung von Ebola.**

UK: Erstmal muss man sich dafür

schämen, wenn man in einem der reichsten Länder der Welt wohnt und sich dann vergleicht mit einem Land wie Kuba, das mühelos in der Lage ist, jede Menge Ärzte abzuziehen und sie in Ebolagebieten einzusetzen. Ich weiß nicht, wie viele es waren, oder wie sie Hilfe in Form von Personal und Geld in diese Ebolagebiete transferieren - was von hier wirklich nur schwer möglich war - und warum. Das hat wohl damit zu tun, dass sie die Prioritäten anders gesetzt haben. Bei denen steht im Vordergrund die Gesundheitsversorgung, das ist ein Akt der Solidarität. Das ist das, was das Gesundheitswesen hier mal dargestellt hat und von dem man sich in den Staaten Europas leider abkehrt. Diese gelebte Solidarität mit den Kranken, Alten, Schwachen, die wird hier gerade vernichtet, das versucht man gerade abzuschaffen. Das lebt in Kuba.

**BF: Ich danke Dir für das Gespräch, Uwe! Ich wünsche Eurem Betriebsrat und Vertrauenskörper genug Ausdauer und Kraft in diesem Kampf für die Gleichbehandlung aller Menschen, für eine Behandlung, die nicht vom Geldbeutel abhängt, hin zu einer Situation, in welcher hoffentlich Personal aufgebaut werden kann. Ich hoffe, dass Ihr dazu die notwendigen Aktionsformen findet, um in dieser Richtung weiter etwas durchsetzen zu können.** ■





# Kapitalismus statt Gesundheit?

## Erfolgreiche Betriebs- und Gewerkschafts-Tagung des RSB

Fast zwanzig Aktive aus Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hatten sich zu unserer Tagung am Samstag, den 29. November 2014, in Mannheim angemeldet. Sie wollten sich mit dem Thema „Unsere Gesundheit ist mehr wert als ihre Profite“ auseinandersetzen.

H.N.

Nach der Begrüßung durch den Veranstalter, den RSB Rhein-Neckar, folgte eine kurze Vorstellungsrunde der TeilnehmerInnen. Sie waren unter anderem aus den Bereichen Chemie, Dienstleistungen, Einzelhandel, Erwerbslose, Logistik, Metall- und Elektroindustrie sowie Soziales gekommen. Schon zu Beginn des Treffens zeigte sich hier sowohl die große Bedeutung, die dem Thema beizumessen ist, als auch die starke persönliche Betroffenheit aus Erfahrungen mit arbeitsbedingten Erkrankungen.

### Widersprüche des Gesundheitswesens

In einer grundlegenden Einführung zu „Kapitalismus, Arbeit und Gesundheit“ skizzierte ein Genosse aus dem Gesundheitswesen nicht nur wesentliche Widersprüche zwischen der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und dem zentralen Interesse der ArbeiterInnen und Angestellten am Erhalt ihrer Arbeitsfähigkeit. Er kritisierte auch fundiert die Mängel des kapitalistischen Gesundheitssystems.

Bürgerliche Gesundheitspolitik habe im wesentlichen auf zwei Lösungsansätze gesetzt: Zum einen auf „Kosten-

dämpfung“ (das große Schlagwort im Gesundheitswesen ab den 1970er Jahren), mit dem Versuch, eine „Optimierung“ zu erreichen. Der andere Weg war: Das Gesundheitssystem selber zu einem Zweig der Kapitalverwertung zu machen (das große Ziel seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts), und alles was daran noch öffentlich ist, zu privatisieren.

Im Kapitalismus gebe es vorwiegend Verhaltensprävention, keine Verhältnisprävention. Da Verhalten etwas sei, was jemand (zumindest vordergründig betrachtet) steuern kann, wäre der Schritt von da zur persönlichen Schuldzuweisung an Kranke nicht weit.

Woran es fehlte, so unser Referent, seien Programme, welche die Verhältnisse derart ändern, dass sie gesünder werden. Das wäre auch in einer nachkapitalistischen Gesellschaft nicht einfach. Denn es müsste buchstäblich alles auf den Prüfstand gestellt werden: Verkehrspolitik, Umweltpolitik, Städteplanung, Versorgung mit Lebensmitteln, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen und vieles andere mehr. Mit anderen Worten: Es handle sich um eine Querschnittsaufgabe, die im Kapitalismus allerdings nicht gelöst werden könne.

In allen Auseinandersetzungen mit dem Kapital könnten wir Gesundheit zum Thema machen nach dem Motto: „Kapitalismus schadet Ihrer Gesundheit und kann tödlich sein“. Wer arm ist, sterbe in der Regel früher. An uns, so das Fazit dieser Einführung, liege es, Kämpfe für bessere Arbeits- und Gesundheitsbedingungen so zu gestalten, dass sie eine über die bestehende Gesellschaft hinausweisende Dynamik entwickeln können.

### Der Skandal bei den Berufskrankheiten

Nach einer Kaffeepause stand das Thema „Das Elend mit den Berufskrankheiten“ auf dem Programm. Ein aktueller Überblick über die

Entwicklung von Berufskrankheiten (BK) und deren Anerkennung zeigte mehrere Probleme auf. Erstens ist die Liste der Berufskrankheiten sehr begrenzt. Zum Beispiel fehlen die zahlenmäßig explodierenden psychischen Erkrankungen durch Arbeitsbedingungen wie Stress vollständig. Zweitens wird die BK-Liste mit derzeit 73 Berufskrankheiten nur sehr zögerlich und völlig unzureichend ergänzt. Drittens sind die bürokratischen Hürden der Anerkennung von Berufskrankheiten durch die zuständigen Berufsgenossenschaften (BG) extrem hoch. Und viertens wird nur ein skandalös kleiner Bruchteil von BK-Anzeigen durch die BG anerkannt.

Als gewerkschaftspolitische Forderungen ergeben sich aus dieser kritischen Lage die schnelle und konsequente Erweiterung der BK-Liste (vor allem um die Anerkennung arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen), ferner die grundlegende Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens und schließlich die flächendeckende Umsetzung einer kompromisslosen Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz.

### Ganzheitlicher Gesundheitsschutz

Nach einer weiteren Kaffeepause folgte als dritter Punkt der Tagesordnung die Fragestellung „Ganzheitliche Gefährdungsanalyse und -beurteilung (GFA/GFB) - ein sinnvoller Weg?“

In den fundierten Ausführungen eines betrieblich aktiven Genossen konnten nicht nur die gesetzlichen Grundlagen des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes skizziert werden, sondern auch praktische Erfahrungen mit der Umsetzung einer ganzheitlichen GFA/GFB vermittelt werden. Ganzheitlich meint hier die systematische Ermittlung sowohl physischer als auch psychischer Gefährdungen am Arbeitsplatz unter Einbeziehung der Beschäftigten.

Durch einen kontinuierlichen Kreislaufprozess, auf den ein aktiver

Betriebsrat maßgeblichen Einfluß nehmen kann, werden Maßnahmen zur Beseitigung oder wenigstens Minimierung gesundheitlicher Gefahren festgelegt, dokumentiert und ihre Umsetzung überprüft.

Die abschließende Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Tagung griff nicht nur Kernthesen der drei Referate auf, sondern leitete daraus die Notwendigkeit ab, sich in Zukunft näher mit „Methoden der Ausbeutung“ zu befassen.

In der gemeinsamen, sehr positiv ausfallenden Bewertung des Seminars wurde dieser Gedanken begrüßt und eine Folgeveranstaltung für das Frühjahr 2015 verabredet. ■

### Tipp:

Alle Referate sind für Interessierte als Dateien erhältlich und können unter:

[rhein-neckar@rsb4.de](mailto:rhein-neckar@rsb4.de)

bestellt werden.

**KAPITALISM**



Grafik: [publicdomainvectors.org](http://publicdomainvectors.org)



# Wir dokumentieren einen Aufruf der IG BCE Weinheim: „Das Gewerkschaftsbüro in Weinheim muss erhalten bleiben!“

Mit Wirkung zum 30.06.2015 hat die Weinheimer Stadtverwaltung der Ortsgruppe Weinheim der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) die Räume des Gewerkschaftsbüros im „Alten Rathaus“, am Marktplatz 1, am 13.12.2014 gekündigt.

Schon seit über 60 Jahren wird das Gewerkschaftsbüro von der Ortsgruppe der IG BCE (früher Gewerkschaft LEDER) und vom DGB Weinheim genutzt. Nun soll es dem Stadt- und Tourismusmarketingbüro (STM) weichen.

Die Entscheidung zur Kündigung war in der Gemeinderatssitzung am 19.11.2014 gefallen. Sie ist erfolgt, ohne die Gewerkschaft über diese Absicht vorab zu informieren und über mögliche Alternativen zu reden. In dieser Gemeinderatssitzung wurde außerdem beschlossen, der Galerie Tritschler, die sich ebenfalls im „Alten Rathaus“, im Erdgeschoss befindet, den Ende April 2015 auslaufenden Mietvertrag zu erneuern. Ursprünglich waren die Räumlichkeiten der Galerie von der Stadtverwaltung als die am besten geeigneten Räumlichkeiten für das STM favorisiert worden.

Statt der Galerie wurden jetzt die Räume der Gewerkschaft im 2. Obergeschoss gekündigt. Dies stellt nicht nur die eindeutig schlechtere Variante für das STM dar, sondern bedeutet

auch, der gewerkschaftlichen Arbeit der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE den Boden zu entziehen.

Die Ortsgruppe Weinheim der IG BCE und der DGB Weinheim sind auf die Räumlichkeiten im „Alten Rathaus“ dringend angewiesen, um ihren Aufgaben als gewerkschaftliche Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Weinheim nachkommen zu können. Dazu gehört z. B. neben Schulungsveranstaltungen und Vertrauensleutesitzungen auch die Rentenberatung. Das alles wird durch die Kündigung in Frage gestellt, denn vergleichbare Räumlichkeiten stehen nicht in Aussicht.

Die Entscheidung des Gemeinderats, die Räumlichkeiten der Gewerkschaft zu opfern, ist eine politische Entscheidung. Mit Ausnahme der Linkspartei und, mit Abstrichen, der Grünen, haben alle anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien vorbehaltlos diesem Vorgehen zugestimmt. Hier stellt sich schon die Frage, wie wichtig diesen Parteien die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Weinheim sind.

Gerade jetzt, wo der größte Betrieb in Weinheim, die Freudenberg Sealing Technologies (FST) die Ausbildung in den nächsten Jahren nahezu auf „Null“ zurückfahren will und Produktionsverlagerungen, weg von Weinheim, zu befürchten sind, ist gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit zur Sicherung der Ausbildung und der Arbeitsplätze in Weinheim absolut notwendig.

Die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft würde durch den Wegfall des Gewerkschaftsbüros enorm eingeschränkt. Der gewerkschaftliche Auftrag, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahrzunehmen, ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, der die Unterstützung der demokratischen Öffentlichkeit braucht.

Der Vorstand der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE hat deshalb beschlossen, die Kündigung nicht hinzunehmen. Die Weinheimer Bevölkerung und insbesondere alle Gewerkschaftsmitglieder sind aufgerufen, sich mit der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE und dem

DGB Weinheim zu solidarisieren, um gemeinsam die Rücknahme der Kündigung des Gewerkschaftsbüros zu erreichen. ■

## Unterstützt die Unterschriftensammlung und die weiteren Aktivitäten der IG BCE und des DGB Weinheim gegen die Kündigung!

Die Unterschriftenliste kann von der Internetseite des DGB Weinheim heruntergeladen werden:

[www.dgbweinheim.twoday.net](http://www.dgbweinheim.twoday.net)

Unterschiedene Listen bitte zurücksenden an:

**Vorstand IG BCE  
Ortsgruppe Weinheim,  
Marktplatz 1,  
69469 Weinheim**

## RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

RSB Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46  
Email: [rhein-neckar@rsb4.de](mailto:rhein-neckar@rsb4.de)



V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim

### TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- DI, 13.01.2015, 10.45 UHR, LAG MANNHEIM, ANFECHTUNG BR-WAHLEN NORA
- SA, 17.01.2015, 14.00 UHR, SCHLOSSHOF MA, DEMO GEGEN RASSISMUS
- FR, 23.01.2014, 19.00 UHR, CAFE FILSBACH MA, ÖFFENTLICHE DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DES RSB ZU AKTUELLEM THEMA